

# Europa und die Sprache der Macht

VON

Vladimir Stošić

---

An einer Weggabelung der Geschichte zeichnen sich die Konturen der doppelten Gestalt einer Krise ab: Man kann wie der Basler Universalhistoriker Jacob Burckhardt die Krise als eine aufräumende, bewegende und beschleunigende Kraft oder im Gegensatz wie Thukydides, der als Zeitgenosse den Prozessen des Peloponnesischen Krieges ungebremst ausgesetzt gewesen ist, eine Krise als einen Zusammenbruch der vertrauten Welt und somit als eine Verlusterfahrung verstehen.<sup>1</sup> Der russische Angriff gegen die Ukraine vom 24. Februar 2022 steht für eine solche Verlusterfahrung: Der Gang der Geschichte erlebt eine Zäsur und wird durch diesen Weltmoment in ein Vorher und ein Nachher geteilt. Über den Aufstieg und Fall internationaler Ordnungen bilanziert Henry Kissinger mit prüfenden Blick über die Geschichte der Staatenwelt, dass jede Ordnung sich irgendwann den Auswirkungen zweier Tendenzen stellen muss, die ihren inneren Zusammenhalt gefährden: Nämlich der Neudefinition ihrer Legitimität oder einer gravierenden Verschiebung der Machtbalance.<sup>2</sup> In den drei Jahrzehnten nach dem Ende der Blockkonfrontation haben sich beide von Kissinger identifizierten Tendenzen zunehmend materialisiert. Während die in der Charta von Paris 1990 verankerte internationale Ordnung langsam ihr Ende gefunden hat, steigt am Horizont der Weltgeschichte noch kein neuer Ordnungsentwurf hervor. Wie kann die Europäische Union (EU) in dieser Weltlage ihre Handlungsfähigkeit sicherstellen?

## Das Ende der Geschichte und die Neuordnung der Welt

Der Fall der Berliner Mauer am 09. November 1989 und der damit verbundene Epochenumbruch waren so wirkmächtig, dass das Ende der Geschichte prophezeit wurde. Mit den Nachteilen des kommunistischen Systems und dem Verfall des sozialistischen Regierungsmodells erklärte Fukuyama nach dem Vorbild der Hegel'schen Dialektik von These, Antithese und Synthese die konkurrenzlose Universalgeschichte der Menschheit auf der Basis

---

<sup>1</sup> Gujer, Eric (2018): Die neue Weltunordnung, Vontobel-Stiftung, Zürich, S.5

<sup>2</sup> Kissinger, Henry (2014): Weltordnung, Bertelsmann, München, S.416

der Generalität des „westlichen Modells“, welches in Zukunft alle anderen Regierungsmodelle dominieren sollte.<sup>3</sup> Indem die internationalen Beziehungen in Europa durch mehrere völkerrechtliche Verträge kodifiziert wurden, fand die philosophisch-politikwissenschaftliche Debatte in der Reglementierung des kontinentalen Zusammenlebens ihren praktischen Niederschlag. Aus machttheoretischer und machtpolitischer Perspektive läutete der Zusammenbruch der Sowjetunion ein Novum in der Geschichte der internationalen Politik ein: Mit dem Verbleib der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) als einzige Supermacht ohne einen ansatzweise ebenbürtigen Gegenspieler im internationalen System wurde das Zeitalter des „unipolaren Moments“ eingeleitet.<sup>4</sup> Die Machtverteilung im internationalen System konnte zugunsten der USA von keinem anderen Akteur ausbalanciert werden.

Als am 21. November 1990 in der französischen Hauptstadt die Charta von Paris unterzeichnet wurde, verzichteten die Unterzeichnerstaaten auf territoriale Grenzveränderungen durch Gewaltanwendung als Mittel der internationalen Interessendurchsetzung. Sie bekannten sich zur gegenseitigen Achtung und Unveränderbarkeit der Grenzen, der friedlichen Konfliktlösung sowie zur Demokratie als einzig akzeptiertem Regierungsmodell. Der russische Präsident Wladimir Putin<sup>5</sup> griff in seiner größtenteils in deutscher Sprache gehaltenen Rede im Deutschen Bundestag am 25. September 2001 diesen Zeitgeist auf. „Ohne eine moderne, dauerhafte und standfeste internationale Sicherheitsarchitektur“, prognostizierte der russische Präsident mit Blick auf Europa, „schaffen wir auf diesem Kontinent nie ein Vertrauensklima und ohne dieses Vertrauensklima ist kein einheitliches Großeuropa möglich.“<sup>6</sup>

Unter diesen Vorzeichen sind auch die Beziehungen zwischen der North Atlantic Treaty Organization (NATO) und Russland durch die „*Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation*“ vom 27. Mai 1997 reglementiert worden. Ihr Anliegen war es, gegenseitiges Vertrauen herzustellen und zu institutionalisieren. So wurden beispielsweise Antworten auf die drängenden strategischen Fragen zwischen den einstigen Kontrahenten in der NATO-Russland-Grundakte formuliert.

Der in dieser Zeitenwende auf der Grundlage von Geschichtsphilosophie und Fortschrittsoptimismus formulierte Zeitgeist einer nachhaltigen und tiefgreifenden

---

<sup>3</sup> Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*, Macmillian, New York, S.27

<sup>4</sup> Krauthammer, Charles (1990/91): *The Unipolar Moment*, in: *Foreign Affairs*, Vol.70, No.1, S.23-33

<sup>5</sup> Die Schreibung der russischen Eigennamen folgt im Haupttext der phonetischen Duden-Umschrift.

<sup>6</sup> Putin, Wladimir W. (2001): Wortprotokoll der Rede Wladimir Putins im Deutschen Bundestag am 25.09.2001, S.8

Demokratisierung und Kooperation der Staatenwelt blieb lediglich eine Hoffnung auf internationalen Niveau und konnte keinen langfristigen und nachhaltigen Trend auslösen. Die Russische Föderation und die Volksrepublik China (V.R. China) stehen dabei an der Spitze einer neuartigen Beobachtung: Auf die marktwirtschaftliche Liberalisierung durch die Aufnahme der beiden Staaten in die Welthandelsorganisation (WTO) im Jahre 2001 folgte keine politische Liberalisierung. Als nachahmenswertes Modell konnte sich die liberale Demokratie nicht durchsetzen. Im Gegenteil: Von 2000 bis 2015 sind 27 Demokratien zusammengebrochen.<sup>7</sup> Das revisionistische Russland und der machtpolitische Aufstieg Chinas sind ein Ausdruck des Scheiterns der Vorstellung, dass einer wirtschaftlichen Liberalisierung auch eine politische Liberalisierung folgt. In beiden Fällen konnte kein Wandel durch Handel erwirkt werden. Die V.R. China ist dabei nicht nur zum gewichtigsten autoritären Systemherausforderer und Gegenspieler zu den Vertretern der liberalen Demokratie wie die Europäische Union (EU) und die USA avanciert, sondern etabliert sich zunehmend als Vertreterin eines neuen autoritären Gesellschaftsvertrages: Ein zunehmend restriktiveres politisches System wird von der Bevölkerung toleriert, solange die politische Führung einen kontinuierlichen Wirtschaftswachstum sicherstellen kann.

### **Auflösungstendenzen der internationalen Ordnung**

Der maßgeblich durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin getriebene Angriffskrieg gegen die Ukraine ist das Ende der europäischen Sicherheitsordnung, wie sie nach dem Fall der Berliner Mauer aufgebaut worden ist. Dass es ausgerechnet derselbe russische Präsident ist, der zwei Jahrzehnte zuvor in der anfänglichen Phase seiner langen Amtszeit im Deutschen Bundestag noch von der verbindenden Kraft der Geschichte sprach, scheint eher eine der sprichwörtlichen Ironien der Geschichte zu sein. Russlands Entwicklung während der Präsidentschaft Putins steht am Ende einer strategischen Kontinuitätslinie russischer Außen- und Sicherheitspolitik, die im Kern expansiver Natur ist und die von Russland selbst mitgetragene Ordnung als illegitim erachtet. Ihr ideologisches Grundgerüst wird vom Selbstverständnis des geopolitischen Verlierers des Epochenumbruchs von 1989/90 zusammengehalten. Bereits mit dem Georgien-Krieg von 2008 und spätestens seit der Annexion der Krim und der faktischen Übernahme des Donbass 2014 stellt diese revisionistische Außen- und Sicherheitspolitik die Staatengemeinschaft vor enorme

---

<sup>7</sup> Diamond, Larry (2016): Democracy in Decline. How Washington Can Reverse the Tide, in: Foreign Affairs, July/August 2016, Link: <https://www.foreignaffairs.com/articles/world/2016-06-13/democracy-decline> [zuletzt aufgerufen: 20.05.2022]

Herausforderungen. Oft wird die expansive Natur der russischen Außen- und Sicherheitspolitik verkannt; neben dem Versuch der „heißen Übernahme“ der Ukraine durch einen Angriffskrieg ist auch eine „kalte Übernahme“ Belarus‘ in den vergangenen Jahren vollzogen worden. Der europäische Kontinent steht vor der Herausforderung, ob die am Ende des Ukraine-Krieges stehende sicherheitspolitische Ordnung des Kontinents *mit* oder *gegen* Russland aufrechterhalten werden muss.

Obwohl der russische Angriffskrieg vielleicht die sichtbarste Herausforderung der gegenwärtigen internationalen Problemlage darstellt, ist sie nicht die strategisch langfristige und prägendste Auseinandersetzung im internationalen System. Der machtpolitische Aufstieg der V.R. China, dessen Quelle in einem jahrzehntelangen Wirtschaftswachstum liegt, und die daraus resultierende strategische Rivalität zwischen Washington und Peking sind das prägende weltpolitische Strukturmerkmal des 21. Jahrhunderts. Die Auseinandersetzung zwischen Washington und Peking, so befürchten einige Beobachter, erfüllen auch alle Voraussetzungen für einen „Kalten Krieg 2.0“.<sup>8</sup> Unabhängig davon, ob man die sino-amerikanische Rivalität in diesem Jahrhundert als eine spezifizierte Neuauflage eines Kalten Krieges oder als Großmachtrivalität versteht, ist der machtpolitische Aufstieg der Volksrepublik China eine enorme Herausforderung, die ergebnisoffen ist: Auf die Frage, ob China eine revisionistische Macht ist, die einen Wandel innerhalb der bestehenden Weltordnung anstrebt oder eine revolutionäre Macht ist, die das existierende System verwerfen will, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ersichtlich.

Ersichtlich hingegen ist das in Peking gewachsene Machtbewusstsein. Während mit der Annexion der Krim und dem Angriffskrieg gegen die Ukraine Moskau mit roher Gewalt und offenem Militäreinsatz Fakten zu schaffen versucht, geht Peking im Südchinesischen Meer deutlich subtiler vor. Die Flottenmodernisierung der Volksbefreiungsarmee und die mit ihr im Zusammenhang stehende Machtprojektion ist symptomatisch für die Machtverschiebung zugunsten Pekings. Gleichzeitig wird die chinesische Flotte für eine „verschleierte Annexionstaktik“ operationalisiert. Im Südchinesischen Meer erhebt die V.R. China territoriale Ansprüche auf die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) mehrerer Anrainerstaaten sowie auf internationales Gewässer. Obwohl China das Seerechtsübereinkommen (UNCLOS) von 1982 anerkannt und unterzeichnet hat, verletzt es das territoriale Hoheitsgebiet anderer Staaten. Das Urteil des Schiedsgerichtes in Den Haag von 2016 erkennt Peking nicht an. Diese

---

<sup>8</sup> Ferguson, Niall (2019): Cold War II, The Boston Globe, 19<sup>th</sup> March 2019, Link: <https://www.bostonglobe.com/opinion/2019/03/11/cold-war/4EbxsJrCdgBbATFwoQkwOK/story.html>; Brands, Hal/ Gaddis, John Lewis (2021): The New Cold War. America, China and the Echoes of History, Foreign Affairs, November/December 2021, S.10-20

„Grauzonen-Strategie“ ist 2012 gegenüber den Philippinen auf dem Scarborough-Riff verfolgt worden; die durch Peking begangene Hoheitsrechtsverletzung liegt unterhalb jener Schwelle, die das Dilemma eröffnet, eine militärische Konfrontation zwischen der V.R. China und den USA (als Verbündeter der Philippinen) für einen Felsen im Südchinesischen Meer zu riskieren. Gleichzeitig werden Inseln künstlich vergrößert und durch die Stationierung von Flotten und Landebahnen für Flugzeuge militarisiert, wodurch die V.R. China eine räumliche Vormachtstellung sukzessive aufbaut.

Die nach dem Ende der Blockkonfrontation geschaffene internationale Ordnung sieht sich beiden von Kissinger beschriebenen Tendenzen ausgesetzt. Der neoimperiale Drang Moskaus und Pekings ist nicht kompatibel mit der völkerrechtlich verankerten Souveränität unabhängiger Staaten. Gleichzeitig ist die gravierende Machtverschiebung zugunsten Chinas ebenfalls eine Herausforderung für die internationale Ordnung, weil bisher nicht ersichtlich ist, ob Peking sowie die Staatenwelt die neue Rolle Chinas in dieser Ordnung akzeptiert, oder ob Peking diese Ordnung ablehnt und den Ordnungsrahmen aushebelt.

Die Komplexität der internationalen Lage findet ihren Niederschlag auch in den transatlantischen Beziehungen. Während die USA die internationale Ordnung seit 1945 wesentlich geprägt und mitgetragen haben, ist diese am deutlichsten in der Amtszeit des 45. US-Präsidenten Donald Trump in Frage gestellt worden. Tendenzen, das außenpolitische Interesse von Europa auf eine andere Region zu richten, gab es allerdings auch schon unter Präsident Obama. Sichtbar wurde dies in erster Linie durch den von der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton angekündigten „Pivot to Asia“.<sup>9</sup>

Diese zu beobachtende Entwicklung ist Ausdruck eines übergeordneten Trends: Waren Ordnungsfragen zur Zeit des Westfälischen Friedens (1648) und des Wiener Kongresses (1815) innereuropäische Angelegenheiten, erhält die Ordnungsfrage nach 1989 eine globale Dimension. Dieser Trend steht nicht nur für eine epochale Machtverschiebung, sondern auch für eine Überwindung des Eurozentrismus.

## **Die Europäische Union und ihre Handlungsfähigkeit**

Zwei Einflüssen können sich der europäische Kontinent und die Gemeinschaft der EU nicht entziehen: Den Einfluss der geographischen Lage und den Strukturzwängen des internationalen Systems. Mit dem kontinentenübergreifenden Ausgreifen der Volksrepublik China im Rahmen

---

<sup>9</sup> Clinton, Hillary (2011): America's Pacific Century: The Future of Geopolitics will be decided in Asia, not in Afghanistan or Iraq. And the United States should be right at the Center of the Action, in: Foreign Policy, No. 189, November 2011, S.56-63

der „Neuen SeidenstraÙeinitiative“ und einem grenzenverändernden Russland entfaltet die geographische Lage Europas ihre Wirkmacht. Europa kann als ein Scharnier zwischen den USA auf der anderen Seite des Atlantiks im Westen und der großen eurasischen Landmasse im Osten gelten. Eine Vernachlässigung beider Tatsachen impliziert jene Gefahr, vor der Henry Kissinger warnt; das Degenerieren Europas zum „Wurmfortsatz Eurasiens“.

Die Europäische Union, so die zentrale These, muss in dieser sich gravierend ändernden Weltlage die Sprache der Macht sprechen. Die Sprache der Macht ist nicht gleichzusetzen mit einem aggressivem oder revisionistischem machtpolitischen Auftreten der EU in der Welt. Ein solcher Vorstoß würde allein schon am Selbstverständnis der EU scheitern, von der Interessenpartikularität einzelner Mitgliedsstaaten ganz zu schweigen. Die Sprache der Macht wird zuvorderst durch eine gemeinsame geostrategische *raison d'être* gebildet. Eine realistische gesamtstrategische Vision und strategische Kultur der Europäischen Union in einer Welt der strategischen Rivalität muss die politischen Realitäten anerkennen, anhand derer sich das politische Handeln konsensorientiert ausrichten muss. Dabei müssen trotz aller Varianz die Partikularinteressen der einzelnen Mitgliedsstaaten integriert werden. Die Sprache der Macht ist als Impetus zur proaktiven Gestaltung des 21. Jahrhunderts eine notwendige Bedingung, wenn die EU ihre Interessen und Werte im kommenden Jahrhundert konstruktiv gestalten und umsetzen möchte. Eine militärische Handlungsfähigkeit muss die Fähigkeit der Interessendurchsetzung der EU unterlegen. Dabei ist es erneut Henry Kissinger, der mit klarem Blick die strategische Schwachstelle der EU offenlegt:

„Das Problem heute ist: Die Nationalstaaten haben nicht nur Teile ihrer Souveränität auf die EU übertragen, sondern auch ihre Vision für die Zukunft eng verknüpft mit der Zukunft der Europäischen Union. Die EU aber besitzt keinen Sinn für Visionen und erzeugt nicht die gleichen Loyalitäten. Es ist ein Vakuum entstanden zwischen Europas Vergangenheit und Europas Zukunft.“<sup>10</sup>

Um das von Kissinger beschriebene Vakuum zwischen Europas Vergangenheit und Europas Zukunft zu füllen, bedarf es der Handlungsfähigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten im europäischen Verbund. Das ist keine leichte Aufgabe: Europa muss sein Verhältnis zur Dimension seiner strategischen Mittel und seiner strategischen Kultur sowie seiner Entscheidungsfindung klären. Kern dieser Herausforderung innerhalb der EU wird die strategische Ausrichtung der Union und die in dieser Frage berührten Befindlichkeiten

---

<sup>10</sup> Kissinger, Henry (2008): „Die Europäer wollen nicht verstehen“, in: Der Spiegel, 8/2008, Link: <https://www.spiegel.de/politik/die-europaeer-wollen-nicht-verstehen-a-40a96396-0002-0001-0000-000055854260?context=issue>

nationaler Souveränität sein. Dies schließt auch eine Klärung der Frage nach einer europäischen Armee, also der Streitkräfte der EU, ein. Eine Verschiebung der Kernkompetenz des Nationalstaates, nämlich die Gewährleistung der Sicherheit nach Innen und Außen, von der nationalen Ebene auf die supranationale Ebene der EU scheint schwer vorstellbar. Die politische Leistung wird darin zu suchen sein, wie Antworten auf diese sensiblen Fragen formuliert werden, ohne zur Spaltung zwischen der EU als supranationaler Organisation und den einzelnen Nationalstaaten und ihrer Souveränität beizutragen. Dabei kann eine kluge und vorausschauende strategische Tiefe der EU durch ein „Umgehen“ der Souveränitätsfragen anvisiert werden.

Ein erster Ansatz wäre eine Effizienzsteigerung durch koordinierte Beschaffungen und eine abgestimmte Streitkräfteplanung: Die Europäer geben zwar 50 Prozent des Geldes aus, dass die USA für Verteidigung aufwenden, erzielen damit aber nur einen Wirkungsgrad von 15 Prozent.<sup>11</sup> Mit der Beschaffung von einheitlichen Waffen und einheitlichen Aufklärungs- und Sanitätstruppen könnte der Wirkungsgrad angehoben werden. Wichtiger wäre jedoch, dass diese partielle Vereinheitlichung und gemeinsame Beschaffung zum Aufbau eigener europäischer militärischer Strukturen genutzt werden könnte, um sich dem Ziel einer gestaltenden Außenpolitik zu nähern. Die Schaffung integrierter Militärkapazitäten eröffnet die Möglichkeit, die praktische Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU kontinuierlich zu verbessern. Besonders in diesem Bereich erfährt die Scharnierlogik der EU ihre volle Geltung: Eine verbesserte praktische Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU kann die transatlantischen Beziehungen zwischen den USA und der EU, deren Kitt ihre geteilten Werte sind, auf eine neue Grundlage stellen. Durch den Beitritt Schwedens und Finnlands zur NATO gewinnt die Allianz an strategischer Tiefe, die von der EU genutzt werden kann, um politisches Momentum für eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit mit den USA in der NATO zu generieren.

Um die gegenwärtige Krise nicht wie Thukydides als Verusterfahrung zu verzeichnen, sondern wie Burckhardt in ihr eine beschleunigende Kraft zu erkennen, sei an Friedrich den Großen erinnert: Diplomatie ohne Militär ist wie ein Orchester ohne Instrumente. Die Zusammenführung von Diplomatie und Macht ist eine Übersetzungsleistung in politische Handlungsfähigkeit. Spricht Europa die Sprache der Macht, dann wirft diese das Echo der Handlungsfähigkeit in die Welt. Der russische Angriffskrieg, der Aufstieg Chinas und der damit verbundene Systemwettbewerb liefern genügend Anlass, einen politischen Neuanfang der Europäischen Union im Verbund mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu gehen.

---

<sup>11</sup> Gujer, Eric (2018): a.a.O., S.66-67